

Lippmanns Kritik an Kennan

Autor(en): **Bondy, François**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **15 (1947-1948)**

PDF erstellt am: **05.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-758465>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

LIPPMANNS KRITIK AN KENNAN

VON FRANÇOIS BONDY

Zwang zur Voraussicht

Die von Außenminister Marshall geschaffene Planungsgruppe für langfristige Diplomatie, an deren Spitze *George Frost Kennan* steht, hat die von Präsident Roosevelt für innerpolitische Experimente ins Leben gerufene Arbeitsform des beratenden *brain trust* auf die amerikanische Außenpolitik übertragen. Darin drückt sich ein Bewußtsein einer permanenten weltpolitischen Aufgabe der Vereinigten Staaten aus, wie es bisher auch in Regierungskreisen nicht bestanden hat. Langfristige, durchaus aktive und konsequente Diplomatie galt früher in amerikanischen Augen für eine typisch britische Sünde; «they have a policy», sagte man vorwurfsvoll — leider meist zu Unrecht. Heute steht den Vereinigten Staaten in Europa wie in Asien eine Großmacht gegenüber, von der es noch gewisser ist, daß sie «eine Politik hat»: Sowjetrußland. Dies zwingt die Vereinigten Staaten, über demokratische Gemeinplätze hinaus selber eine konkrete Weltpolitik auszuarbeiten und langfristig durchzuhalten. Vom Charakter dieser amerikanischen Weltpolitik, von ihrer Stetigkeit hängt natürlich Entscheidendes ab, da die USA. potentiell die größte Macht der Erde sind. Während Rußlands Haltung, Westeuropas machtmäßiges Abgleiten, Asiens gefrierende Bürgerkriege als annähernd konstante Faktoren gelten können, sind Wege und Ziele der amerikanischen Außenpolitik noch nicht völlig eindeutig festgelegt.

Demokratie ist bekanntlich nicht die Regierungsform, in der eine langfristige Machtpolitik am besten durchgehalten werden kann, am wenigsten wohl in einem Bundesstaat von der Größe und Vielfalt der USA. mit seinen drängenden inneren Problemen. Und die Frage, ob eine Demokratie mit ungeplanter, nicht vom Staat beherrschter Wirtschaft überhaupt ihre Außenpolitik — die zum großen Teil Wirtschaftspolitik ist — «planen» und ihren Plänen gemäß führen kann, ist noch unbeantwortet.

Kennan, der Leiter von Marshalls Braintrust, hat trotzdem versucht, in seinem Aufsatz in «Foreign Affairs», der an der Spitze dieses Heftes wiedergegeben ist, eine solche langfristig geplante amerikanische Politik gegenüber der Sowjetunion zu entwerfen, und *Walter Lippmann* schreibt von seiner Studie: «Es ist mehr als eine Analyse der russischen Beweggründe. Es ist ein höchst bedeutungsvolles Dokument über die Beweggründe der amerikanischen Außenpolitik selber, mindestens jenes Teils dieser Außenpolitik, der als Trumandoktrin bekannt wurde.»

Dieses Urteil steht im ersten der 14 Aufsätze, die *Walter Lippmann* in der «New York Herald Tribune» von September-Oktober 1947, ausgehend von Kennans Aufsatz, der amerikanischen Außenpolitik gewidmet hat, und die den Titel «*Der kalte Krieg*» tragen.

Zwischen *Kennan*, dem einflußreichen Berater, der in die Pariser Konferenz der Marshallstaaten eingegriffen hat, der Rußland seit zwanzig Jahren studiert, dort fünf Jahre zu verschiedenen Epochen zugebracht hat und schon seit 1944 eine «harte» Politik befürwortete, und *Walter Lippmann*, dem einflußreichsten amerikanischen Journalisten, hat sich nämlich eine Debatte entwickelt, die inmitten einer Atmosphäre düster geheimnisvoller und ausweglos verrannter Weltpolitik immerhin ein Element der Offenheit, der Erhellung, der geistigen Rechenschaft

bedeutet. Zudem erlaubt diese Polemik, die amerikanische neue Weltpolitik *in statu nascendi* zu beobachten und für ihre objektiven Schwierigkeiten mehr Verständnis zu gewinnen.

Walter Lippmann steht mit Kennan auf dem gemeinsamen Boden der *Realpolitik*, er teilt mit ihm die Ueberzeugung, daß «der Konflikt mit Sowjetrußland nicht imaginär ist, nicht vermieden, ignoriert oder leicht gelöst werden kann». Er schreibt: «Ich stimme damit völlig überein, daß die Sowjetmacht sich ausdehnen wird, soweit sie nicht durch äußere Macht, und zwar primär durch amerikanische Macht, verhindert wird, sich auszudehnen.»

Ist Kennan zu «ideologisch»?

Wie ist es bei soviel Gemeinsamkeit der Ausgangspunkte möglich, daß Lippmann Kennans Analyse für ungenügend, seine Politik für verwerflich und gefährlich hält, als «fundamentally unsound» ablehnt, weil sie «niemals funktionieren könnte»? Lippmann wirft Kennan vor, Rußland zu *ideologisch* zu sehen, primär als einen marxistischen Staat, statt als den Erben des Zarenreichs und dessen Weltpolitik. Er wirft ihm vor, gegenüber dem Bolschewismus in seiner heutigen Phase den gleichen Einschätzungsfehler zu begehen, den andere ausländische Politiker seit dreißig Jahren so oft begangen haben: nämlich seinen Staat für gebrechlich und seine Grundlagen für wankend zu halten und auf seinen totalen Zusammenbruch zu spekulieren. Die Kennansche Zuversicht, daß das Sowjetsystem in sich die Keime seines Verfalls trage und daß Sowjetrußland durch innere Veränderungen über Nacht zu einer der schwächsten Nationen werden könnte, scheint Lippmann unbegründet.

Die zweite Voraussetzung Kennans: daß Amerika sowohl in seiner Wirtschaft wie in seiner stetigen Außenpolitik moralische und politische Erfolge heimtragen werde, die alle marxistischen Untergangsprognosen Lügen strafen müßten, scheint Lippmann ebenfalls fragwürdig. Die Verknüpfung aber von *beiden* Voraussetzungen — des russischen inneren Verfalls und des amerikanischen Gelingens — heißt, nach Lippmann, annehmen, daß «schon beim Betreten der Arena Sowjetrußland sich ein Bein bricht, während den Vereinigten Staaten ein paar Flügel wachsen». Die vom amerikanischen Standpunkt aus optimale Entwicklung dürfe man nicht als wahrscheinlichste voraussetzen, ohne einem Wunschdenken zu verfallen, das sich rächen müßte. Es sei im Gegenteil staatsmännisch, sich von vornherein auch über die am wenigsten günstigen Entwicklungsaussichten Rechenschaft zu geben.

Der grundlegende Unterschied in der Perspektive Kennans und Lippmanns ist dieser: Kennan rechnet mit einem Zerfall des russischen Systems und einem Niedergang der russischen Macht nach einer Reihe von Jahren, möglicherweise schon beim Tode Stalins, weil ein Regime ohne Legitimität der Nachfolge gerade bei solchem Anlaß in eine Zeit der «Großen Wirren» zu versinken pflegt. Lippmann rechnet mit der stetigen Anwesenheit der russischen Macht und mit der Notwendigkeit, wieder eine Art *Mächtegleichgewicht* herzustellen. Das Hauptmittel, um zu einem solchen Mächtegleichgewicht zu kommen, wäre nach Lippmann der *Abzug aller Besetzungstruppen* aus ganz Europa nach Abschluß eines Friedensvertrages für Deutschland und Oesterreich und die Möglichkeit für den europäischen Kontinent, sich möglichst geeint und ohne aggressive Spitze gegen irgendeine Macht friedlich und selbständig zu entwickeln.

Lippmann sieht nämlich zweierlei politische Eingriffe Amerikas in Europa, die grundverschieden sind: jene im Geist der Trumandoktrin, die prinzipiell jede rußlandfeindliche Kraft mit Krediten und Waffen festigt, und jene im Geist der Marshallrede, die alle gemeinsam aufbauwilligen Kräfte der europäischen Demokratie ermutigt, anspricht und unterstützt. Dieser Unterschied zwi-

schen einer negativ antikommunistischen und antirussischen Trumandoktrin und einer positiv-aufbauend orientierten Hilfe im Zeichen des Marshallplans, ist für Lippmann ausschlaggebend.

Für echte Selbständigkeit Europas

Dieser Unterschied will aber von Lippmann nicht nur oder primär ideologisch verstanden werden, sondern realistisch: die europäischen Staaten sollen nicht gezwungen werden, sich für Amerika und gegen Rußland zu entscheiden, weil diese Staaten keine größere Sorge, kein brennenderes Interesse haben, als dem Machtkampf der Riesen fernzubleiben. Und eben dieses Fernbleiben, diese Tendenz zur Neutralität, die Abkehr vom Satellitenwesen soll Amerika den Europäern leichter machen und nicht schwerer:

«Wir würden dann wieder in der großen amerikanischen Tradition stehen, welche heißt, die Unabhängigkeit anderer Staaten begünstigen und nicht, sie zu Trabanten unserer eigenen noch so wohlthätigen Macht und unserer noch so gutgemeinten Politik herabdrücken. Unser Ziel wird nicht ein ideologischer Kreuzzug sein. Es wird nicht darin bestehen, aus den osteuropäischen Bauern, den Stammesfürsten, Feudalherren, Paschas und Kriegsherren des Mittelostens und Asiens Jeffersonsche Demokraten zu machen, sondern den Kriegszustand beenden, die Unabhängigkeit der europäischen Nationen wiederherstellen durch Abzug aller fremden Armeen — unsere eigne inbegriffen.»

Um ein solches gemeinsames Abrücken von Europa zu ermöglichen, muß die «Politik der Härte» gegenüber Rußland mit einer Anerkennung von Rußlands permanenten Interessen und seiner permanenten Macht in Einklang gebracht werden, durch eine Realpolitik, die sowohl Rußlands Expansion eindämmt (über diese Notwendigkeit besteht, wie gesagt, kein Gegensatz zu Kennan) als auch Kompromisse schließt und Gegenleistungen bietet. Der Eiserner Vorhang darf keinesfalls als eine ein für allemal gegebene Tatsache hingenommen werden. Im zwölften Aufsatz der Artikelfolge (in der Pariser «New York Herald Tribune» am 2. Oktober erschienen) geht Lippmann so weit, zu erklären, daß ein von Osteuropa getrenntes Europa der Marshallstaaten wirtschaftlich nicht lebensfähig sein wird:

«Die europäische Krise ist unlösbar, wenn Europa durch den von den Russen aufgerichteten Eisernen Vorhang und den von uns zu bauenden Schutzwall geteilt bleiben wird. Es ist der große Vorzug des Marshallplans, daß er im Ausland und bei uns Studien in Gang gesetzt hat, die schlüssig beweisen werden, daß die Trennung Europas nicht verewigt werden kann. Nur in seinen unmittelbaren Nöten kann Europa durch Nord- und Südamerika geholfen werden. Im übrigen muß es seinen Handel mit der Landwirtschaft Osteuropas und mit dem europäischen Rußland wiederbeleben. Sonst müssen die Kosten, mit denen ein erträglicher Lebensstandard in Westeuropa aufrechterhalten werden soll, untragbar werden, und der Versuch, sie zu tragen, würde zu einer revolutionären Umgestaltung des Wirtschaftslebens in der ganzen westlichen Hemisphäre führen. Ebenso sind die Probleme Osteuropas ohne wachsende wirtschaftliche Verbindung mit Westeuropa unlösbar. Von allen Seiten wird daher der Druck wachsen, um die getrennte Wirtschaft Europas wiederanzunähern und vielleicht enger zu vereinen als je zuvor.»

Gegen die Parole einer deutschen Einheit

Noch zwei Argumente führt Lippmann gegen Kennans «Generallinie» und gegen die Trumandoktrin an: 1. In *China* haben sowohl Marshall wie General Wedemeyer, statt eindeutig für die Kuomintang gegen das kommunistische China Stel-

lung zu nehmen, Berichte verfaßt, die das Kuomintangregime selber scharf verurteilen und Amerika davor warnen, Kredite in dieses Faß ohne Boden zu schütten. Es zeigt sich also, daß nicht einmal die Militärs — als berufene Exponenten einer realistischen Machtpolitik — unbesehen jede antisowjetische Regierung unterstützen mögen, wenn diese «inefficient» ist und zu viele Voraussetzungen zu ihrer eignen moralisch-politischen Untergrabung bietet. 2. *Deutschland*: mit einer Teilnahme Deutschlands an der antirussischen Koalition im Zeichen des «containment», glaubt Lippmann, sei nicht zu rechnen, es sei denn im Fall eines Krieges gegen Rußland. Lippmann geht aber wie Kennan von der Voraussetzung aus, daß dieser Krieg vermieden werden kann und soll. Sofern aber der Krieg nicht in Betracht gezogen wird, hat Rußland — so argumentiert Lippmann — Deutschland viel mehr zu bieten als der Westen, weil es ihm so viel genommen hat.

«Wir haben den Deutschen in einer Auktion nichts zu bieten als einige Hilfe, um aus völligem Elend zu einer fünfsträngigen Macht aufzusteigen, die in einer prosaischen und verkümmerten nationalen Existenz ihr Dasein fristet. Rußland aber, das die deutsche Einheit zerstört hat, kann sie wiederherstellen durch eine neue Teilung Polens, oder Kompensationsobjekte bieten: Oesterreich, Elsaß-Lothringen, Dänemark, Holland.» Es wäre daher grundfalsch, wenn Amerika die deutsche Einheit als Losung der Außenpolitik aufnehmen würde, und durch sie das Ideal der europäischen Einheit ersetze; Eingliederung eines föderalisierten Deutschlands in ein *weiteres europäisches System* — das sollte statt dessen das Ziel der amerikanischen Deutschlandpolitik sein.

Wenn die Unterstützung aller potentiell sowjetgegnerischen Kräfte eine solche primär positive und aufbauende Europapolitik (europäische Einheit) zurückdrängt und in Vergessenheit geraten ließe, dann wäre Amerika weltpolitisch der Gefangene Rußlands. Denn es wird von Rußland abhängen, wo eine Krise entfacht wird, wo Amerika zur Intervention gezwungen wird. Kennans Rat «an einer Reihe ständig wechselnder geographischer und politischer Punkte, die den Bewegungen und Manövern der Sowjetpolitik entsprechen, zu reagieren» hieße nichts anderes als eben dies: von vornherein der russischen Politik die Initiative zu überlassen.

Während Kennan den Kommunismus als eine der Waffen der sowjetrussischen Weltpolitik ansieht, meint Lippmann — indem er wiederum gegen den «Ideologen» den «Realpolitiker» ausspielt — daß die kommunistischen Parteien für Rußland bestenfalls eine «fünfte Kolonne» seien und die andern vier Kolonnen, nämlich die Rote Armee außerhalb der Sowjetgrenze, das eigentliche Problem darstellen. Daß der Kommunismus irgendwo in einem Land, das nicht in der russischen Interessensphäre und unter dem Schutz oder in der Nähe der physischen Gegenwart der Roten Armee stehe, die Macht erobern und behaupten könnte, gilt ihm für unwahrscheinlich. Und auch in Osteuropa würde die Frage des Regimes anders aussehen, sobald die Rote Armee nicht mehr zugegen ist.

Lippmanns Argumente

Wir können jetzt zusammenfassend überblicken, worin sich Lippmann von Kennan trennt und gegen die Trumandoktrin wendet: er hält den Antikommunismus schlechthin als Ideologie nicht für tragfähig und glaubt ferner, daß der Machtkonflikt zwischen den USA. und Sowjetrußland von seinen ideologischen Begleiterscheinungen sorgsam getrennt werden könne und auch solle; er befürwortet daher eine Politik, die mit Rußland als einer stabilen Macht rechnet, eine Politik, die einem Kompromiß auf der Grundlage eines Mächtegleichgewichts entgegensteuert und nicht einem Kreuzzug. Machtpolitische Neutralisierung und innere Festigung Europas ist ihm ein erstrangiges Ziel im Rahmen dieser Politik, und Voraussetzung dazu der Abschluß von Friedensverträgen, damit die fremden Be-

satzungsarmeen nicht auf europäischem Boden «einfrieren» wie schlechte Kredite. Er spricht von Europa als einem Kontinent, von dem nicht erwartet werden kann noch darf, daß er sich — auch wo er nicht unter russischem Druck steht — für Amerika entscheidet, sondern der das gute Recht hat, sich nicht auf Grund des amerikanisch-russischen «kalten Krieges» zu extremen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und antikommunistischen Fronten zwingen zu lassen. Um Europa gegen russisches Vordringen und kommunistische Aushöhlung nach Möglichkeit zu schützen, ist die Förderung der europäischen Wirtschaftseinheit (mit Eingliederung eines dezentralisierten Deutschland) und der Marshallplan unter «Ausschaltung der gefährlichen Elemente der Trumandoktrin» das beste Mittel. Von Rußland soll die amerikanische Politik in erster Linie dieses eine zu erreichen suchen: Rückzug der Truppen bis zu den Grenzen der Sowjetunion, unter Gegenleistung. Die Behandlung Rußlands und des restlichen Kommunismus als getrennte Probleme, wie Lippmann sie fordert, ist ja nur dann möglich, wenn nicht die Gegenwart oder überschattende Nähe der Roten Armee den Kommunismus zur Macht treibt und auch als kleine Minderheitspartei an der Macht hält.

*

Zu dieser Debatte Kennan-Lippmann — in welcher sich seltsamerweise der Staatsmann so sehr für Ideologie, der Publizist hauptsächlich für Machtpolitik und Truppenverschiebungen interessiert! — ist ein Kommentar vom europäischen Standpunkt aus nicht unangebracht. «Europäischer Standpunkt» — gibt es das überhaupt? Der Ausruf «Il n'y a plus d'Europe» stammt bekanntlich schon von 1871, und es hat seither immer weniger Europa gegeben. Immerhin bewies die erste Reaktion ausnahmslos in *allen* europäischen Staaten auf die Marshallrede von Harvard, daß gemeinsame europäische Bedürfnisse und Nöte, und auch eine Bereitschaft, sie gemeinsam zu überwinden, bestehen — und daß unter anderm die Bereitschaft, sich von den Vereinigten Staaten helfen zu lassen, auch jene ost-europäischen Regierungen erreicht, die sich noch nicht entschieden haben, ob es die amerikanische Hilfe oder ihre Abwesenheit ist, was als Einmischung und imperialistische Gefahr denunziert zu werden verdient.

Zum europäischen Standpunkt gehört heute: Anpassung an neue, nicht rückgängig zu machende Umstände (Ende der europäischen Großmachtpositionen und des daraus erwachsenden Prestiges und Reichtums) unter möglicher Wahrung oder Wiederherstellung von menschlichen Grundfreiheiten und Behauptung einer möglichst großen Autonomie Europas in der Welt sowie der europäischen Völker in ihren Beziehungen untereinander — wie eng immer die Integration auch sei. Von einem derart umgrenzten «europäischen Standpunkt» also muß die Politik Kennans und Lippmanns, die uns nahe angeht, geprüft werden.

Das schwierigste Problem

Ob Lippmann Kennan wirklich gerecht wird? Zu *einem* Problem mindestens, das Kennan sieht, nimmt Lippmann — weil er die Realpolitik von aller Ideologie «entgiften» will — überhaupt nicht Stellung, nämlich zum Problem: Ist die Sowjetunion ein Staat wie andere? Kennan sieht in der heutigen Sowjetunion zugleich den Erben des Zarismus — bis in die Details seiner Methoden, Traditionen und Ziele — und einer Revolution, die, selbst wenn sie im Innern auf halbem Weg geblieben, in Autorität, Hierarchie, Führerkult erstarrt ist, doch nach außenhin noch wirkt nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten, und die nicht auf alle Zeiten in der Erstarrung, ohne Neuentfaltung irgendwelcher autonomer sozialer Kräfte verharren wird. Kann mit einem Regime, das durch die Umstände wieder aus dem «Sozialismus in einem Lande» zur Expansion gedrängt wurde, und das eine

totale Absperrung mit ständigem Druck gegen außen verbindet, das in Furcht vor Berührung mit der unreinen Welt erstarrt ist und zugleich zwangsläufig die Furcht vor seinen Absichten und Methoden verbreitet, ein echter Kompromiß geschlossen werden, der auf lange Jahre zur Grundlage eines neuen Gleichgewichts der Mächte zu dienen vermöchte?

Ferner aber: der Zwiespalt, in den jede ideologisch gerichtete Außenpolitik einer Großmacht führt, liegt nicht bei Kennan und auch nicht bei Lippmann, er liegt in der Sache selbst. Zwischen eiskalter Gleichgültigkeit gegenüber Entrechtung, Justizmord, Machtmißbrauch jenseits einer abgezielten Interessensphäre (*vérité en deçà des Pyrénées...*) und gewaltsamer Einmischung in die Vorgänge eines andern Staates im Namen einer Demokratie, die sich eben *nicht* aufzwingen läßt («*Les peuples n'aiment pas les missionnaires armés*», sagte sogar Robespierre), ist jeweils ein sehr schmaler Mittelweg zu suchen oder eine sehr schwere Wahl zu treffen. Zumal heute, wo es weder gelingen will, in «einer» Welt zu leben noch in «zwei».

Westeuropa kann nicht warten

Vom europäischen Standpunkt aus wäre Lippmanns Ausweg — Räumung des Kontinents von fremden Besatzungsarmeen und allmähliches Aufgehen des Eisernen Vorhangs — der wünschenswerte. Er gibt den freiheitlich toleranten Kräften Europas eine Chance. Kann aber das Europa der Marshallstaaten darauf verzichten, sich zu organisieren, eine west- und mitteleuropäische wirtschaftliche Zusammenarbeit zu suchen — nur weil es vorteilhafter wäre, auf den Friedensschluß und die Einbeziehung Osteuropas zu warten?¹ Neben so vielen andern dringenden Aufgaben ist seit zwei Jahren dieser gemeinsame Rettungsversuch des nicht russisch-beherrschten Europas wieder und wieder vertagt worden, um nicht an der europäischen Spaltung beizutragen, um nicht Rußland durch die Schaffung eines Westblockes zu verbittern, um die Möglichkeit eines Kompromisses zwischen den Weltmächten nicht zu zerschlagen. Neben diesen Illusionen — denn als solche haben sie sich herausgestellt — nimmt sich die Artikelreihe «For a Western Association», die der «Economist» schon im Juni 1945 gedruckt hat, wahrhaft prophetisch aus:

«Ob es nun möglich ist oder nicht — so schrieb der ‚Economist‘ damals — dem *fait accompli* einer chinesischen Mauer zu entgehen, die quer durch Europa von Lübeck bis Triest verläuft, jedenfalls ist es nunmehr ohne jeden Zweifel klar, daß Rußland in Osteuropa einen ausschließlichen Einfluß behaupten will... Die einzige mögliche Annäherung an das Ideal eines frei föderierten oder geeinten Europas liegt gegenwärtig darin, daß sich die Länder des Westens und vielleicht auch des Mittelmeers eng aneinander anlehnen.»²

Unvermeidliches «containment»

Lippmann sieht — in dieser Artikelreihe wenigstens, in früheren hat er zur Gesundung Westeuropas auch ohne den Osten eindeutiger Stellung genommen — im Marshallplan den besten Teil der Trumandoktrin, hält ihn aber in seiner jetzigen Beschränkung auf den Westen für undurchführbar. Jedoch Trumans Politik, die in Griechenland und der Türkei eingriff, hatte Lippmann im großen ganzen bejaht, und die entsprach gerade dem, was Kennan «the policy of containment» nennt: dort wo eine direkte oder mittelbare russische Expansion sich abzeichnet, einzugreifen und sie zu verhindern. Hätte Truman warten sollen, bis in Griechenland dem Kommunismus eine demokratische und nicht extrem reaktionäre Re-

¹ Siehe dazu: F. B.: «Der Plan der Sechzehn und seine Imponderabilien» (im «Bulletin der Schweiz. Gesellschaft für die Vereinten Nationen», Oktober 1947).

² Diese Aufsatzreihe erschien als Broschüre «New Model for Europe?» des National Peace Council.

gierung entgegentrat? Blieb ihm etwas anderes übrig, als entweder eine in ihren Auswirkungen ungeheure Machtverschiebung zugunsten des russischen Blocks geschehen zu lassen oder zu intervenieren und im Rahmen der Intervention eine Sanierung der griechischen Wirtschaft und Erstarkung der liberalen Kräfte zu fördern, wie es denn auch teilweise geschehen ist? Vom europäischen Standpunkt aus ist allerdings eine Demokratie in der russischen Machtsphäre (Tschechoslowakei) einem Polizeistaat in der amerikanischen vorzuziehen, aber im Maß, wie die Abgrenzung der Interessen- und Machtsphären eindeutiger und endgültiger wird, hat es die Demokratie schwerer, sich in der russischen Sphäre auf ihrem Restgebiet zu behaupten. Ungarn und Polen entwickeln sich auf das bulgarische und nicht auf das tschechoslowakische Modell hin.

Europa vor Rußland

Beides, das Zurückdrängen Rußlands, wo es expansiv weiter in das europäische und asiatische Vakuum drängt, und eine Unterstützung aller jener Kräfte, die in Europa wie in Asien das Vakuum durch eine tragfähige Ordnung ersetzen können, ist bei Kennan vorgesehen. Die Fähigkeit Rußlands, andere Staaten tatsächlich zu annektieren und sich gleichzuschalten, der in Europa keine entsprechende Bereitschaft noch Fähigkeit der Vereinigten Staaten gegenübersteht, ist ebenfalls, so scheint mir, von Kennan besser gesehen als von Lippmann.

«Wird der Byzantinismus, den Rußland verkörpert, der westlichen Zivilisation weichen oder wird er eines Tages die Möglichkeit finden, seinen verhängnisvollen Einfluß in Formen zu erneuern, die schrecklicher und tyrannischer wären als je zuvor?» Diese Frage, die ein besorgter Europäer — der Londoner Korrespondent der «New York Tribune» — im Jahre 1853 stellte, bewegt auch Kennan. Und die Antwort jenes Korrespondenten (er hieß *Karl Marx*) lautet: «Bemerkenswerterweise gilt das erste Zeichen eines Interesses, das die Vereinigten Staaten an europäischen Angelegenheiten nehmen, der östlichen Frage. Es wird ihnen bewußt, daß es Gründe dafür gibt, daß Konstantinopel den entscheidenden Ort im Konflikt zwischen Osten und Westen vorstellt.» Marx als Kronzeuge der Trumandoktrin? Er beurteilte die russische Annexionspolitik genau so wie alle europäischen Demokraten jener Zeit.

Und heute? Rußland ist für viele Europäer, die es gut meinen, nicht nur eine «neue Verkörperung des Byzantinismus», sondern eine originelle «inhaltliche» Demokratie. Doch kommt es nicht auf das *Meinen*, sondern auf die *Wirklichkeit* an. Und die Wirklichkeit ist, daß sich Ausdehnen russischer Macht und Demokratie nicht vereinen, daß die Europäer, denen an menschlichen Grundrechten gelegen ist, die Atempause die erst Truman und Marshall ermöglichten, auch ausnützen müssen, um Klarheit zu gewinnen und Ordnungen zu schaffen, die standhalten können in den Stürmen.

Es muß zunächst wieder in Europa möglich sein, von verantwortlichen Männern ebenso eindeutige Worte zu vernehmen, ebenso offene Debatten über die Entscheidungsfragen wie jene zwischen Kennan und Lippmann. Es muß möglich werden, daß sich maßgebende Europäer über Ziele und Aufgaben verständigen, ohne hilflos auf eine amerikanische «Initialzündung» zu warten und vor einem russischen Veto zu zittern. In Kompromissen wird Europa zu leben sich gewöhnen müssen, in ständigen Zweideutigkeiten und in Furcht vor Aussprechen der Wahrheit *muß* es nicht leben, und wenigstens jener Teil unseres Kontinentes, der es nicht muß, hat allen Grund, um die Behauptung der Menschenrechte einen Kampf weiterzuführen, ohne den ein europäisches Eigendasein keinen Sinn mehr hätte.